

Fragen

für die Fragestunde der 220. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. April 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	49, 50	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 60	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 61	Konrad, Carina (FDP)	28, 73
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	64	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	71, 72
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	47, 48	Luksic, Oliver (FDP)	4, 57
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	19, 44	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	45, 46
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	27, 55	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	5, 6
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	68, 69
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 65
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Renner, Martina (DIE LINKE.)	35, 36
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	51, 70	Schinnenburg, Wieland, Dr. (FDP)	7
Herbst, Torsten (FDP)	56, 67	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 34
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)	33	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	37, 38
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	10, 11	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13
Hohmann, Martin (AfD)	3, 43	Skudelny, Judith (FDP)	30
Huber, Johannes (AfD)	8, 9	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	12
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	40, 52	Theurer, Michael (FDP)	16
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	41, 42	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	39, 66
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	62, 63

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	22

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie schätzt die Bundesregierung die gegenwärtige Corona-Lage hierzulande ein, insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen auf die Krankenkassenbeiträge?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Impfschäden sind bei wie vielen Personen nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Beginn der Impfungen gegen das Coronavirus im Dezember 2020 hierzulande registriert worden?
3. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD) Inwieweit übernimmt die Bundesregierung Haftungen für gesundheitliche Schäden bei COVID-19-Impfungen, insbesondere vor dem Hintergrund der zwischen der Bundesregierung und den Herstellern verhandelten Haftungsregelungen für die Hersteller (www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/haftungimpfschaden-101.html)?
4. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP) Werden in Deutschland wohnhafte aber im europäischen Ausland beruflich tätige Bürger in Bezug auf die Impfpriorisierung anders eingestuft als in Deutschland wohnhafte Bürger mit gleichartigen beruflichen Tätigkeiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, und was wird nach Kenntnis der Bundesregierung unternommen, um solchen grenzübergreifenden Pendlern ein Impfangebot zu unterbreiten?
5. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Durch welche konkreten Handlungen wurde das Vertragsverhältnis im Rahmen der sog. Direktbeschaffung von Masken und Schutzbekleidung durch das Bundesministerium für Gesundheit mit dem späteren Schutzmaskenlieferanten Areal Invest XXXI. Grundstücksgesellschaft mbH angebahnt, und unterhielt der Bundesgesundheitsminister bereits früher Kontakte zum genannten Lieferanten oder zu den mit diesem verbundenen Areal- und/oder Nox-Capital-Immobiliengruppen (vgl. TichysEinblick vom 24. März 2021 – <https://tichyseinblick.de/daily-essentials/die-masken-geschaefte-und-der-minister/>, zuletzt abgerufen am 25. März 2021)?

6. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Auf welchen konkreten Umständen beruht die Einordnung des Bundesgesundheitsministers, er habe bei der Spendengala am 20. Oktober 2020 in Leipzig nicht in seiner amtlichen Funktion als Bundesminister teilgenommen, und wie wird grundsätzlich sichergestellt, dass bei derlei Auftritten nicht der Anschein erweckt wird, es handle sich um eine Tätigkeit im Ministeramt (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 24. März 2021 – www.tagesspiegel.de/politik/9999-euro-fuer-dinner-mit-gesundheitsminister-spahn-will-namen-der-spende-r-nicht-nennen/27033118.html, zuletzt abgerufen am 25. März 2021)?
7. Abgeordneter
Dr. Wieland Schinnenburg
(FDP)
- Welche rechtliche Verbindlichkeit haben die von der Bundesregierung mit Corona-Testherstellern vereinbarten „Memoranda of Understanding“ (MoU) in Bezug auf die etwa 1,1 Milliarden „gesicherten“ Corona-Tests (vgl. Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/28273), und warum stellt die Bundesregierung nicht dauerhaft durch eigene Bestellungen die Verfügbarkeit von Corona-Tests sicher?
8. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Rückgang an verfügbaren Intensivstationsbetten (<https://reitschuster.de/post/zahl-der-intensivbetten-massiv-gesunken-und-keine-erklaerung-dafuer/>) um rund 20 Prozent von 31.000 Plätzen im September 2020 auf aktuell 24.000 Plätze im März 2021 zu erklären?
9. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ankündigung des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, welcher sich noch im Dezember 2020 gegen Sonderrechte für Geimpfte (www.tagesschau.de/inland/privilegien-geimpfte-101.html) aussprach, nun aber trotz fehlender Zahlen zur Wirkdauer der Impfstoffe nach Mehrfachimpfung und deren Wirksamkeit mit Bezug auf die Verhinderung einer Übertragung des Krankheitserregers auf ungeimpfte Personen ([www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/FAQ_Liste_Wirksamkeit_Sicherheit.html#:~:text=Nach%20derzeitigem%20Kenntnisstand%20bieten%20die%20der%20Impfstoff%20zweimal%20verabreicht%20werden%20die%20Einr%C3%A4umung%20von%20Sonderrechten%20%E2%80%93%20bspw.%20den%20Wegfall%20einer%20Testpflicht%20f%C3%BCr%20Geimpfte%20%E2%80%93%20f%C3%BCr%20die%20Personengruppe%20der%20Mehrfachgeimpften%20\(www.merkur.de/politik/corona-impfung-spahn-ankuendigung-grundgesetz-cdu-ministerium-rki-ethikrat-deutschland-zr-90315145.html](http://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/FAQ_Liste_Wirksamkeit_Sicherheit.html#:~:text=Nach%20derzeitigem%20Kenntnisstand%20bieten%20die%20der%20Impfstoff%20zweimal%20verabreicht%20werden%20die%20Einr%C3%A4umung%20von%20Sonderrechten%20%E2%80%93%20bspw.%20den%20Wegfall%20einer%20Testpflicht%20f%C3%BCr%20Geimpfte%20%E2%80%93%20f%C3%BCr%20die%20Personengruppe%20der%20Mehrfachgeimpften%20(www.merkur.de/politik/corona-impfung-spahn-ankuendigung-grundgesetz-cdu-ministerium-rki-ethikrat-deutschland-zr-90315145.html)) ankündigt?

10. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Hat die Bundesregierung vergleichende Untersuchungen zwischen Bundesländern vorgenommen oder plant sie, diese vorzunehmen, um den Effekt einer nächtlichen Ausgangssperre auf die Verbreitung von SARS-CoV-2 zu untersuchen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Antwort?
11. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Warum werden Privatpraxen nicht bei der Zuteilung von Corona-Impfstoffen an Hausarztpraxen berücksichtigt, und auf welchem Weg können privat Krankenversicherte nach Ansicht der Bundesregierung ebenfalls einen Impfschutz gegen SARS-CoV-2 erhalten?
12. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Welchen Grund gibt es für den Abbau der Intensivbetten in den letzten zwölf Monaten, und gibt es einen Vergleich der Kosten für die Durchführung der Reduzierung von Intensivbetten und der Kosten für den Erhalt von Intensivbetten (Hilfen für Krankenhäuser: Wo sind 7305 Intensivbetten geblieben?, www.tagesschau.de)?
13. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der 200.000 Dosen der Antikörpermedikamente, die sich die Bundesregierung für rund 400 Mio. Euro gesichert hat, wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bereits eingesetzt, und wie bewertet es die Bundesregierung, dass ein Einsatz des Mittels häufig daran scheitert, dass es nur in der Frühphase der Erkrankung eingesetzt werden darf, die stationäre Aufnahme der Patienten und Patientinnen aber erst später erfolgt?
14. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Initiativen hat die Bundesregierung und insbesondere die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in den zurückliegenden zehn Tagen ergriffen (www.tagesschau.de/inland/regierung-merkel-lockdown-101.html), um ein „gemeinsames bundeseinheitliches Vorgehen“ bei den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie, insbesondere durch eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes, einen „kurzen, einheitlichen Lockdown“, vorzubereiten, und falls es solche Initiativen gibt (bitte konkret benennen und nicht deren Wichtigkeit betonen), wie haben die jeweiligen Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen darauf reagiert?

15. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um dem „Forschungsdefizit“ zu diskriminierenden Strukturen im Gesundheitswesen (<https://taz.de/Rassismus-im-Gesundheitssystem/!5754364/>) entgegenzuwirken, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung von Diskriminierungen im Gesundheitswesen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie?
16. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Ist das Bundesministerium für Gesundheit seiner Pflicht nach § 4 Absatz 1a des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG), dem Bundestag bis zum 31. März 2021 einen Bericht zu den Erkenntnissen aus der durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Epidemie vorzulegen, nachgekommen, und wenn nein, bis wann wird der Bericht vorgelegt?
17. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um ihre Gesundheitskommunikation, besonders jetzt in der Corona-Pandemie, zielgruppengerecht zu gestalten, und plant sie, hierzu zivilgesellschaftliche sowie wissenschaftliche Akteurinnen und Akteure künftig stärker einzubeziehen?
18. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden die von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung in Aussicht gestellten Pläne zur Ermöglichung des Drugchecking in Deutschland (vgl. www.aerzteblatt.de/nachrichten/108571/Drogenbeauftragte-will-Drug-Checking-von-Partydrogen-auch-in-Deutschland) bald umgesetzt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Gleichstellung von Cannabis und Crack im Betäubungsmittelgesetz angesichts des unterschiedlichen Schadenspotenzials (vgl. www.businessinsider.de/wissenschaft/darum-sind-cannabis-ecstasy-und-co-verbotten-aber-alkohol-erlaubt-2019-7/)?
19. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Welche Bundesministerien waren in dieser Legislaturperiode im Austausch mit dem US-Unternehmen Palantir und zu welchen Themen (vgl. www.theguardian.com/world/2021/apr/02/seeing-stone-s-pandemic-reveals-palantirs-troubling-reach-in-europe sowie www.spiegel.de/politik/ausland/palantir-wie-sich-eine-unheimliche-us-firma-in-europa-breitmacht-a-41bea3d3-0002-0001-0000-000176983007)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

20. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang wurde die sogenannte Task-Force Testlogistik seit ihrer Einrichtung bis heute (Stand 14. April 2021) von Beraterinnen und Beratern bzw. Beratungsunternehmen unterstützt (bitte konkrete Beratungsleistungen und Vergütungen tabellarisch auflisten)?
21. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl der Rangiergleise und Überholgleise an den Bundesschienenwegen in Niedersachsen zwischen 2010 und 2020 entwickelt, und wie viele neue Rangiergleise und Überholgleise an den Bundesschienenwegen wurden in Niedersachsen im Zeitraum 2010 bis 2020 errichtet (bitte jahresscheibengenau angeben)?
22. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das neue Standardisierte Verfahren zur Berechnung des volkswirtschaftlichen Nutzens bei GVFG-geförderten Schienenprojekten vorliegen, und was sollen die wesentlichen Änderungen gegenüber dem noch geltenden Verfahren sein (bitte auf die Aspekte der Streckenelektrifizierung, der ländlichen Räume, der betrieblichen Qualität, der alternativen Antriebstechniken und des Schienengüterverkehrs eingehen)?
23. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung in einer der Sitzungen des Lenkungskreises Schiene den Planungsstart für eine Schnellfahrstrecke Nürnberg–Würzburg angekündigt, und was ist das Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Bewertung für dieses Projekt?
24. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen die Ergebnisse des Machbarkeitsgutachtens zur Sanierung des Pfaffensteiner Tunnels an der A 93 bei Regensburg sowie die auf Bundestagsdrucksache 19/27456 genannten weiteren Untersuchungen für das weitere Vorgehen nach Kenntnis der Bundesregierung inzwischen vor, und sofern noch keine Ergebnisse vorliegen, wann rechnet die Bundesregierung mit konkreten Ergebnissen?

25. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der jeweilige Umsetzungsstand der Punkte 1 (das Ziel „Vision Zero“ als Leitgedanke in die StVO aufzunehmen), 11, 12 (Prüfung von Maßnahmen, um Rechtsabbiegeunfälle von Kraftfahrzeugen unter 3,5 t mit Radfahrenden zu minimieren und entsprechende Modellprojekte), 13, 14 (leichtere Anordnung von Tempo 30 sowie Modellprojekte für flächendeckendes Tempo 30 innerorts) unter III. im durch den Bundestag beschlossenen Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/15779, und wie begründet es die Bundesregierung, einzelne oder mehrere dieser Forderungen bisher nicht umgesetzt zu haben?
26. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, den ÖPNV-Unternehmen weitere Corona-Hilfen zur Verfügung zu stellen, wenn die vorherigen Hilfen im April 2021, laut Branche, aufgebraucht sind (vgl. www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/oefentlicher-verkehr-corona-pandemie-dem-nahverkehr-fehlen-mehr-als-3-5-milliarden-euro/26617284.html?ticket=ST-859382-jKPPn2BWAYYDu7jQ9N7b-ap1), und welche Pläne gibt es darüber hinaus auf Bundesebene hinsichtlich der Finanzierung des ÖPNV (z. B. 365-Euro-Ticket, Schülerticket, Sozialticket), wie von der Verkehrsministerin des Saarlandes, Anke Rehlinger, gefordert (vgl. AFP-Meldung vom 7. April 2021 „SPD will ÖPNV-Finanzierung unabhängiger von Tickets machen – Partei will steuer- oder beitragsfinanzierte Modelle erproben“)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

27. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Warum werden die Ansätze des niedersächsischen Weges – wie finanzieller Ausgleich für zusätzliche Auflagen, Vertragsnaturschutz, Evaluation der Maßnahmen – im Insektenschutzpaket nicht berücksichtigt (<https://moderner-landwirt.de/insektenschutzpaket-erklaert-fuer-jedermann/>)?
28. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen liegen der Bundesregierung aus dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Biodiversitätsverluste in FFH-Lebenstypen des Offenlandes“ des Bundesamtes für Naturschutz vor?

29. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass im Kabinettsbeschluss zur Carbon-Leakage-Verordnung (vom 31. März 2021) die Absenkung der EEG-Umlage bei der Berechnung der Beihilfe nicht gegengerechnet wird, und auf welche interne Prüfung, die im Rahmen der Eckpunkte zur Ausgestaltung einer Kompensationsregelung von der Bundesregierung am 23. September 2020 angekündigt wurde (www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/eckpunktepapier_behg_kompensation_bf.pdf), stützt sich diese Entscheidung?
30. Abgeordnete
Judith Skudelný
(FDP)
- Ab welchem Datum ist eine Akkreditierung der Schulungsträger für den Fachkundenachweis zum Schutz vor schädlichen Wirkungen nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen nach den §§ 4 ff. NiSV, wie in der Antwort zu Frage 4 der Bekanntmachung Fachmodul Akkreditierung NiSV auf der Homepage des BMU (www.bmu.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/strahlenschutz/nichtionisierende-strahlung/kosmetische-anwendung-nichtionisierender-strahlung/bekanntmachung-fachmodul-akkreditierung-nisv/) angegeben, verpflichtend, obwohl in § 4 Absatz 3 NiSV lediglich „die erfolgreiche Teilnahme an einer geeigneten Schulung“ vorausgesetzt wird, und nach welchen Kriterien ist eine solche Schulung rechtssicher, wenn die Teilnahme an der Schulung nicht durch eine hoheitlich akkreditierte Stelle bestätigt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

31. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Menschen nahmen im Zeitraum von 2017 bis 2020 im Rahmen des BMZ-Programms „Perspektive Heimat“ eine freiwillige Rückkehr in Anspruch, und wie viele dieser Menschen wurden in ihrem Zielland im Rahmen des Programms in Bezug auf Reintegrationsmöglichkeiten beraten (bitte nach Jahren ohne Berücksichtigung der Balkanstaaten auflisten)?

32. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche weiteren Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die hinreichende Versorgung von Entwicklungsländern mit Impfstoffen zur Überwindung der SARS-CoV-2-Pandemie zu gewährleisten, und inwiefern begegnet sie mit diesen Maßnahmen der Prognose von IWF und Weltbank, wonach insbesondere Entwicklungsländer aufgrund mangelnder Durchimpfung den wirtschaftlichen Anschluss zu verlieren drohen (vgl. www.tagesschau.de/ausland/iwf-finanzstrategie-corona-weltbank-101.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)
- Warum ignoriert der vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Tabaksteuerrechts das Konzept der Schadensminimierung, das von vielen Experten – auch in Anhörungen im Deutschen Bundestag – als kluge Ergänzung zu den bereits vorhandenen Maßnahmen der Tabakkontrolle bezeichnet wird und im Tabakerzeugnisgesetz im letzten Jahr durch eine differenzierte Regulierung für E-Zigaretten und Tabakerhitzer Anwendung gefunden hat?
34. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Banken und Kreditinstitute erheben nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell von ihren Kundinnen und Kunden Verwahrtgelte für Guthaben („Negativzinsen“; bitte aufschlüsseln nach Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen sowie nach Privatkunden und Firmenkunden), und wie hoch ist die aktuelle Spannweite der verlangten Negativzinsen nach Kenntnis der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

35. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Bei wie vielen Gelegenheiten befasste sich das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) seit 2015 mit dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr?

36. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Bei wie vielen Gelegenheiten befasste sich das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) seit 2015 mit dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr bzw. mit einer Untergliederung des Landesverbandes?
37. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern unterstützt die Bundesregierung Vorschläge, dass Staaten, die von der EU als besonders unkooperativ bei der Zusammenarbeit im Bereich Rückführung gelistet werden, über den Visa-Hebel hinaus mit weiteren (Straf-)Maßnahmen zur verstärkten Kooperation in diesem Bereich gezwungen werden sollen (www.sueddeutsche.de/politik/eu-eu-will-mit-visa-politik-druck-auf-drittstaaten-machen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210312-99-789220), und sollen nach Kenntnis der Bundesregierung mit den Regierungen der betreffenden Staaten vor der Veröffentlichung der Liste Gespräche geführt werden, um diesen Staaten die Möglichkeit einzuräumen, ihre Position darzulegen?
38. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Warum hat die Bundesregierung seit 2019 nur zwölf Geflüchtete, die sich in Niger aufhalten, im Rahmen von Resettlement-Programmen in Deutschland aufgenommen (sieben Eritreer und fünf Somalier; <https://rsq.unhcr.org/en/#E3qq>), obwohl die Bundesregierung Ende 2018 (<https://bit.ly/3dKsw4B>) und Anfang 2020 (<https://bit.ly/3d34brM>) die Aufnahme von insgesamt 5.300 Geflüchteten aus Niger und anderen Staaten im Rahmen von Resettlement-Programmen zugesagt hatte, und inwiefern hängt diese geringe Zahl damit zusammen, dass die Bundesregierung nach meinen Informationen darauf beharrt, Geflüchtete, deren Status vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) bereits geprüft und deren Aufnahme in das Resettlement-Programm gebilligt wurde, vor der Überstellung nach Deutschland durch die eigenen Behörden im Erstzufluchtsland zu interviewen, was zurzeit aufgrund der pandemischen Lage nicht möglich ist?

39. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass von der Aussetzung des UNHCR-Resettlement-Verfahrens durch die Bundesregierung (www.infomigrants.net/en/post/28958/germany-to-move-2020-resettlement-contingent-into-2021) seit letztem Jahr u. a. eine Gruppe von über 100 eritreischen Geflüchteten betroffen ist, die trotz des abgeschlossenen Notevakuierungsverfahrens durch das UNHCR in einem Flüchtlingscamp in Niger festsetzt, weil die deutschen Behörden auch hier weiterhin darauf bestehen, mit den Geflüchteten vor Ort persönliche Interviews durchzuführen, diese Befragungen aber aufgrund der Pandemielage seit Monaten ausgesetzt sind, und wie begründet die Bundesregierung es, dass sie nicht so wie andere Aufnahmeländer verfährt, die ihre Resettlement-Verfahren aufgrund der Pandemielage vereinfacht haben, z. B. Video-Interviews durchführen (www.reuters.com/article/uk-health-coronavirus-africa-refugees-in-idINKBN25RON0) oder ihre Aufnahmeentscheidungen derzeit direkt anhand der vom UNHCR angefertigten Dossiers treffen (https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/UNHCR%20Niger_Factsheet%20Update_ETM_January%202021.pdf)?
40. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen wird nach Kenntnis der Bundesregierung das halbjährliche G6-Treffen der Innenminister der sechs größten EU-Mitgliedstaaten, an dem Deutschland in der Vergangenheit teilnahm und das „die Entscheidungsprozesse im EU-Ministerrat durch gezielte Vorbereitung effizienter [...] gestalten“ soll (vgl. dazu u. a. die Bundestagdrucksachen 17/9904, 17/11949 und 18/7319), nach dem Brexit weiterhin mit Großbritannien abgehalten, und welche konkreten Aspekte zur Bekämpfung von „Online-Schäden“ diskutierten die G6-Mitglieder auf ihrem jüngsten Treffen in London mit dem US-Heimatschutzministerium (www.gov.uk/government/news/priti-patel-leads-g6-on-security-threats-and-illegal-migration)?
41. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen wurden am 30. März 2021 im Rahmen einer Sammelabschiebung von Frankfurt am Main nach Sri Lanka abgeschoben (bitte auch nach Bundesländern aufschlüsseln), und wie sind Abschiebungen nach Sri Lanka zu rechtfertigen, vor dem Hintergrund, dass Experten davon ausgehen, dass Menschen, die im Ausland Asyl gesucht haben, ein hohes Risiko haben, nach der Abschiebung in Sri Lanka verhört, überwacht oder auch gefoltert zu werden (www.migazin.de/2021/03/31/heuchlerisches-deutschland-sammelabschiebung-tamil-sri/)?

42. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen, vor allem struktureller Art, wurden von der Bundesregierung aus den vom Lesben- und Schwulenverband mit Brief vom 26. März 2021 (unter anderem an den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat) im Detail geschilderten beiden Fällen eines unfreiwilligen Outings von bi- bzw. homosexuellen Asylsuchenden aus Pakistan bzw. Nigeria durch Recherchen von Vertrauensanwälten des Auswärtigen Amtes im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit zum Teil erheblichen nachteiligen Konsequenzen für die Betroffenen bzw. deren Familienangehörige im Herkunftsland gezogen (bitte so konkret wie möglich darlegen), und inwieweit erfolgte in den beiden konkreten Fällen eine Überprüfung der ablehnenden Entscheidung bzw. gegebenenfalls eine nachträgliche Schutzgewährung durch das BAMF (bitte darlegen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

43. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- In welchem Umfang und gegen wen hat nach Kenntnis der Bundesregierung Aserbaidshan mittels Geldzahlungen Einfluss auf Deutschland genommen, sodass etwa „umfangreiche Ermittlungsmaßnahmen“ seitens der Generalstaatsanwaltschaft gegen Bundestagsabgeordnete eingeleitet wurden, die der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) angehört hatten und denen vorgeworfen wurde, „in der Zeit zwischen 2008 bis 2016 unter anderem Gelder aus Aserbaidshan über britische Briefkastengesellschaften mit baltischen Konten erhalten zu haben“ – verbunden mit der Aufforderung, bei Anträgen und Abstimmungen zu verschiedenen Resolutionen sowie bei der Besetzung von Funktionen und Kommissionen des Europarates Einfluss im Sinne von Delegierten des Staates Aserbaidshan zu nehmen (vgl. dpa vom 7. März 2021, 19:50 Uhr [Gesamtzusammenfassung - 1945], Masken-Affäre: Unionsführung steuert auf offene Machtprobe zu, von Carsten Hoffmann, Uta Winkhaus und Michael Brehme)?
44. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, wonach der mit dem flüchtigen Wirecard-Manager, Jan Marsalek, in Verbindung stehende Geschäftspartner Henry O’Sullivan in Singapur verhaftet wurde, und wurde von Deutschland ein Auslieferungssuchen gestellt?

45. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Inwiefern treffen nach Kenntnis der Bundesregierung ukrainische Medienberichte zu (z. B. www.ukrinform.ru/rubric-polytics/3205045-ermak-o-situacii-na-donbasse-plan-mira-lezit-na-stole.html), dass Frankreich und Deutschland einen neuen Friedensplan für den Donbass „vorgeschlagen“ haben, der wiederum von der Ukraine „fertiggestellt“ worden sei, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung im Februar 2021 die Initiative des Außenministeriums der Russischen Föderation auf der Ebene der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (www.mid.ru/ru/press_service/spokesman/briefings/-/asset_publisher/D2wHaWMCU6Od/content/id/4580881#6) abgelehnt, das erneut vorgeschlagen hatte, das Abkommen von Minsk vom Februar 2015 umzusetzen?
46. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Wie verhält sich die Bundesregierung zum Vorgehen des ukrainischen Präsidenten, der mit seiner Verordnung vom 24. März 2021 die „Entbesetzung“ und „Wiedereingliederung“ der Krim sowie der Stadt Sewastopol gemäß des Beschlusses des „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine“ vom 11. März 2021 in die Wege geleitet hat (www.president.gov.ua/documents/1172021-37533), und wie positioniert sie sich bezüglich der Politik Kiews hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das deutsch-russische Verhältnis und den Frieden in Europa?
47. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Verbesserungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in der Türkei (z. B. bei Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten, Meinungsfreiheit, im Vorgehen gegen Journalistinnen und Journalisten, Akademikerinnen und Akademiker, Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler, Oppositionspolitikerinnen und Oppositionspolitiker und Nutzerinnen und Nutzer sozialer Medien) seit dem Ministertreffen im Sommer 2018, bei dem offiziell beschlossen worden war, vorerst keine Verhandlungen über den Ausbau der Zollunion aufzunehmen, da sich die Türkei weiter von der Europäischen Union wegbewegt hat (www.augsburger-allgemeine.de/politik/EU-lockt-Tuerkei-mit-Zollunion-id59384106.html), die nach ihrer Kenntnis rechtfertigen, dass die EU auf dem Gipfel des Europäischen Rates am 25. März 2021 die Beziehungen zur Türkei schrittweise wieder ausbauen und sogar mit den Vorbereitungen für eine Ausweitung der Zollunion beginnen will, und sieht die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis vor dem Hintergrund von Drohungen der Türkei – z. B. gegenüber Griechenland, Zypern und Israel – bezüglich der Verlegung des Unterwasser-Stromkabels „Euro-Asia-Interconnector“, das an-

geblich durch die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) der Türkei führe (www.rnd.de/politik/tuerkei-blockiert-eu-energieprojekt-im-mittelmeer-3MH7J467GZD6LBOYWOH7MMTKPU.html), bald erneut das Bohrschiff „Yavuz“ ins östliche Mittelmeer zu entsenden (www.rnd.de/politik/eu-und-die-tuerkei-auf-der-suche-nach-der-positiven-agenda-QRI3N3ZLBREFTKWIRU6QGARGCY.html) bzw. durch Überfliegen bewohnter griechischer Inseln durch türkische Kampffjets (dpa vom 5. April 2021) Zeichen der Entspannung im Mittelmeer?

48. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Vereinbarungen (beispielsweise politischer, administrativer, wirtschaftlicher, militärischer Natur) zwischen der irakischen Regierung und der Regionalregierung Kurdistan-Irak im Rahmen des im Oktober 2020 geschlossenen Abkommens über den Status der Region Shingal (www.uniraq.org/index.php?option=com_k2&view=item&id=12990:unami-welcomes-agreement-on-sinjar-a-first-and-important-step-in-the-right-direction&Itemid=605&lang=en), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Präsenz ezidischer Widerstandskräfte (Auflösung, Integration in bestehende bzw. aufzubauende Sicherheitsstrukturen) wie der Verteidigungskraft Êzîdxans (HPÊ), die Widerstandseinheit Shingals (YBS) und ezidische Einheiten der PMU-Milizen (www.ezidipress.com/blog/einigung-ueber-zukunft-shingals-irakische-und-kurdische-fuehrung-treffen-vereinbarung/)?

49. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass in der Türkei zunehmend assyrische Menschenrechtsaktivisten und passive Zivilisten ohne Beweise immer wieder mit den Vorwürfen des Terrorismus und Verbindungen zur PKK festgenommen und verurteilt werden, wie z. B. die Verurteilung des Mönchspriesters Sefer Aho Bileçen, der das syrisch-orthodoxe Kloster St. Jakob leitet (siehe https://ajmev.org/2021/04/sefer_aho/), und inwiefern wird die Bundesregierung dieses Vorgehen der türkischen Behörden gegen die assyrische Minderheit in der Türkei bei ihren Gesprächen mit Vertretern der türkischen Regierung thematisieren?

50. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis über die bevorstehende Abschiebung der politischen Aktivistin, ehemalige Gefangene und Überlebende der Massaker von Cizîr, Nazdar Ecevit, die bei Ankunft in der Türkei eine Verhaftung aus politischen Gründen erwartet (siehe <https://anfddeutsche.com/aktuelles/Uberlebende-der-massaker-von-cizir-soll-abgeschoben-werden-25554>), und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, die bevorstehende Abschiebung zu stoppen?
51. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Aussagen eines Kremlsprechers, wonach die Ankündigung weiterer Truppenverlegungen der NATO in die Ukraine auch zu einem Anstieg der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine führen (www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-russland-droht-mit-massnahmen-im-falle-westlicher-truppenverlegung-a-456840ad-4d05-4198-b9bb-c5cd929c046a), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, wonach die Aufnahme der Ukraine in die NATO der „einzige Weg“ sei, den Konflikt in der Donbass-Region mit Russland zu beenden (www.tagesschau.de/ausland/europa/ostukraine-193.html)?
52. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von Fällen, in denen der kubanische Staat bzw. die kubanische Regierung den internationalen Terrorismus unterstützt hat, seitdem der damalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Barack Obama, 2015 das Land von der US-Staatenliste der Terrorunterstützer gestrichen hatte („USA haben Kuba von der Terrorliste gestrichen“, www.spiegel.de, 29. Mai 2015), und unterstützt sie die Bemühungen des Außenbeauftragten der Europäischen Union, Josep Borrell, der gegenüber der USA für die Streichung Kubas von der Liste eintreten will, weil es „keine Faktenbasis“ für die Listung gebe (vgl. Schreiben von Josep Borrell an den Europaabgeordneten Javier Moreno Sánchez vom 29. März 2021, https://twitter.com/J_MorenoSanchez/status/1377278503696076816)?
53. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche aktuellen Kenntnisse liegen der Bundesregierung im Fall des seit zehn Jahren in Bahrain inhaftierten Menschenrechtsverteidigers Abdulhadi Al-Khawaja und des Oppositionellen Salman Ali Saleh vor?

54. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzen sich das Auswärtige Amt und insbesondere die deutsche Botschaft in Bahrain für die Freilassung und menschenwürdigen Haftbedingungen politischer Gefangener in Bahrain ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

55. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele Verfahren wegen der (mutmaßlichen) Leistungerschleichung zur Erlangung sogenannter Corona-Hilfen sind gegenwärtig im Gange bzw. abgeschlossen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln; www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/corona-soforthilfe-betrug-mitteldeutschland-100.html)?
56. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wann wurden die Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur Bereitstellung der 1,5 Mrd. Euro für den Härtefallfonds bei den Corona-Hilfen unterzeichnet (bitte pro Bundesland einzeln angeben), und bis zu welchem Zeitpunkt sollen nach Planung der Bundesregierung die Verwaltungsvereinbarungen mit allen Ländern unterzeichnet sein (www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/haertefallfonds-corona-101.html)?
57. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie vielen Busunternehmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Corona-Hilfsmaßnahmen aufgrund ihres Mischbetriebs (gemeinsame Betrachtung von ÖPNV- und Touristikgeschäft bei der Anspruchsprüfung) verwehrt, und plant die Bundesregierung Maßnahmen, damit diese Unternehmen in Zukunft für November- und Dezemberhilfen antragsberechtigt sind?

58. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das Gemeinschaftsunternehmen zwischen der französischen Famatome SAS und JSC TVEL u. a. zum Ziel hat, den Atomgeschäften in Europa mit der Herstellung neuartiger sogenannter unfalltoleranter Brennstoffe eine neue Dynamik zu verleihen (vgl. www.bundeskartellamt.de/DE/Fusionskontrolle/LaufendeVerfahren/laufendeverfahren_node.html, www.parlamentnilisty.cz/zpravy/tiskovezpravy/Rosatom-Nemecky-antimonopolni-urad-schvalil-spolecny-podnik-TVELu-a-Framatomu-658334), und welche Reaktortypen in Europa wird der russische Energiekonzern Rosatom nach Kenntnis der Bundesregierung dank diesem neuen Zugang zum westeuropäischen Markt mit Brennstäben beliefern (vgl. <https://riafan.ru/1406981-rossiva-poluchila-kart-blansh-na-pokorenie-mirovogo-rynka-atomnoi-energii>, <https://tvel.ru/activity/nuclear-products/nuclear-fuel/fuel-for-power-reactors/>)?
59. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zwischen der französischen Famatome SAS und JSC TVEL (Tochterunternehmen der staatlichen, in militärische Aktivitäten beteiligten Rosatom, vgl. www.rosatom.ru/en/all-enterprises/) in Lingen ein Transfer westlicher nuklearer Technologie nach Russland ausgeschlossen (vgl. www.bundeskartellamt.de/DE/Fusionskontrolle/LaufendeVerfahren/laufendeverfahren_node.html)?
60. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie viel der in Aussicht gestellten 43 Mio. Euro für ein Wasserstoff-Reallabor in Oberfranken (www.sueddeutsche.de/bayern/energie-bamb-erg-oberfranken-als-reallabor-fuer-wasserstofftechnologie-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210124-99-146929) sind Förderanträge bei der Bundesregierung eingegangen, und in welcher Höhe sind bereits Fördergelder genehmigt und ausgezahlt worden?

61. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche nach meiner Ansicht nötigen Rechtsänderungen wird die Bundesregierung möglichst rasch vornehmen (eventuell gar in einem von vielen Seiten geforderten Rüstungsexportkontrollgesetz – www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/fragen-antworten-deutsches-ruestungsexport-kontrollgesetz-390.html), nachdem der Bundesgerichtshof zur Begründung seines Urteils vom 30. März 2021 (Az. 3 StR 474/19 – <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&Sort=3&anz=683?pos=2&nr=116485&linked=pm&Blank=1>) beanstandete, dass der Gesetzgeber im Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen – anders als im Außenwirtschaftsgesetz – mit falschen Endverbleibserklärungen erschlichene Ausfuhrgenehmigungen als gültig statt strafbar bewerte, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls dabei insbesondere vorsehen, dass – gemäß bisheriger Rechtsprechungspraxis – eine zutreffende Endverbleibserklärung rechtlicher Bestandteil der Exportgenehmigung ist und der reale Endverbleib wirksam überprüft werden muss?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

62. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils das Durchschnittsentgelt der entgeltgeringfügig Beschäftigten und der Anteil der entgeltgeringfügig Beschäftigten, deren Arbeitsentgelt bei weniger als 100 Euro, 100 bis 200 Euro, 300 bis 400 Euro und 400 bis 450 Euro liegt (bitte zusätzlich nach Geschlecht aufschlüsseln), und wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der rentenversicherungspflichtig geringfügig Beschäftigten insgesamt, bei Minijobs im gewerblichen Bereich und bei Minijobs in Privathaushalten (bitte jeweils zusätzlich auch nach Geschlecht aufschlüsseln)?

63. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Altersrente aller Personen, die eine Altersrente der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, die durchschnittliche Altersrente derjenigen Personen, die eine Altersrente der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, der mindestens 35 Jahre Beitragszeiten zugrunde liegen, die durchschnittliche Altersleistung der öffentlich-rechtlichen Pflichtversorgungseinrichtungen der Angehörigen der Freien Berufe sowie die durchschnittliche Altersleistung der öffentlich-rechtlichen Pflichtversorgungseinrichtungen der Freien Berufe für Personen, die mindestens 35 Jahre Beiträge eingezahlt haben (bitte die beiden Werte für die berufsständige Versorgung jeweils insgesamt sowie zusätzlich einzeln für Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Architektinnen und Architekten, Notarinnen und Notare, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Steuerberaterinnen und Steuerberater, Tierärztinnen und Tierärzte, Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer/Buchprüferinnen und Buchprüfer und Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie für Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychologische Psychotherapeuten, Ingenieurinnen und Ingenieure und Patentanwältinnen und Patentanwälte angeben)?
64. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
- Welche Vorarbeiten fanden in der aktuellen Legislaturperiode statt, um das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankerte Ziel der Einbeziehung Selbstständiger in die gesetzliche Rentenversicherung mit Opt-out-Lösung und Altersvorsorgepflicht (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, S. 93) umzusetzen, und wann ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfes zu rechnen?
65. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erfasst die Bundesregierung durch die Corona-Pandemie bedingte Benachteiligungen von Personen aufgrund ihres sozioökonomischen Status, wie beispielsweise bei Neuzugewanderten, Geflüchteten oder wohnungs- und obdachlosen Menschen, und mit welchen konkreten Maßnahmen, insbesondere zum Abbau von Barrieren und Zugängen, wirkt sie diesen Benachteiligungen entgegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

66. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen über die mutmaßlich in Büchel stationierten US-amerikanischen B-61-Atombomben und die Teilnahme Deutschlands an der jährlichen Atomwaffenübung Steadfast Noon unterliegen nicht der Geheimhaltung, und mit welcher Begründung unterliegen die Informationen über die mutmaßlich in Büchel stationierten US-amerikanischen B-61-Atombomben und die Teilnahme Deutschlands an der jährlichen Atomwaffenübung Steadfast Noon der Geheimhaltung?
67. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Angehörige der Bundeswehr verfügen nach Kenntnis der Bundesregierung über eine Impfberechtigung, die sie theoretisch dafür befähigen würde, Impfungen nach der Delegation durch medizinisches Fachpersonal vorzunehmen, und wie viele Angehörige der Bundeswehr werden gegenwärtig im Rahmen der Amtshilfe zur Unterstützung der Impfkampagne gegen COVID-19 in den einzelnen Bundesländern eingesetzt (bitte pro Bundesland einzeln angeben)?
68. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe beziffert das Bundesministerium der Verteidigung die Mehrkosten, die durch die weiter verzögerte Auslieferung der Drohnen „Heron TP“ durch den israelischen Hersteller IAI entstehen (Bundestagsdrucksache 19/27994, meine Schriftliche Frage 51), wozu die Bundeswehr bereits seit zwei Jahren einen Stützpunkt auf einem Militärflughafen bei Tel Aviv bezogen und Personal dorthin entsandt hat (Bundestagsdrucksache 19/3787), und welche Kompensationen will das Bundesministerium hierzu bei der Herstellerfirma oder dem Hauptauftragnehmer Airbus geltend machen?
69. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang soll die „Eurodrohne“, über deren Entwicklung und Produktion der Deutsche Bundestag demnächst entscheiden soll (Plenarprotokoll 19/217, meine Mündliche Frage 71), nach Willen der Bundesregierung hardwareseitig auch für Kampfeinsätze „autonomy ready“ sein, also ohne menschliches Zutun bestimmte Routinen erledigen können, und welchen Autonomiegrad strebt die Bundesregierung für das „Future Combat Air System“ (FCAS) an, über das wir Abgeordnete ebenfalls in diesem Jahr entscheiden sollen (Bundestagsdrucksache 19/26997)?

70. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Hat Deutschland Einfluss auf die Organisation und Durchführung der Verlegung von US-Truppen auf deutschem Gebiet im Rahmen des Großmanövers DefenderEurope 21, und werden den USA und ihren Truppen besondere Rechte in Deutschland eingeräumt, was die Nutzung von Infrastruktur wie Autobahnen und Zugstrecken betrifft oder darüber hinaus?
71. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz von aus Deutschland an die Peschmerga gelieferten Waffen gegen Demokratiebestrebungen in Südkurdistan (<https://anfdeutsh.com/kurdistan/milletpress-pdk-peschmerga-operieren-mit-tuerkischer-armee-12852>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

72. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Ist die Bundesregierung trotz der steigenden Übergriffe von Wölfen auf Nutztiere weiterhin der Meinung, eine friedliche Koexistenz zwischen Weidetieren und Wölfen sei möglich (www.dbb-wolf.de/wolfsmanagement/herdenschutz/schadensstatistik), und welche Rolle soll dabei das Bundeszentrum Weidetiere und Wolf spielen (<https://wildundhund.de/bundeszentrum-weidetiere-und-wolf-eroeffnet/>)?
73. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Plant die Bundesregierung eine Verlängerung der Frist zur Einreichung des Verwendungsnachweises und der Auszahlung des „Investitionsprogramms Wald“ bis zum Dezember 2021, wie sie es auch beim „Investitionsprogramm Landwirtschaft“ getan hat (www.agrarheute.com/management/finanzen/fehler-vermeiden-beim-investitionsprogramm-landwirtschaft-579362)?

